



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Kein Kahlschlag bei der queeren Jugendarbeit – Kündigung der Rahmenvereinbarung mit dem Jugendnetzwerk Lambda e. V. zurücknehmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die zum Jahresende 2026 ausgesprochene Kündigung der Rahmenvereinbarung des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Jugendnetzwerk Lambda e. V. unverzüglich zurückgenommen und die Förderung auf Basis des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) fortgesetzt wird.

Begründung:

Am 14.07.2026 wurde bekannt, dass das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend ohne Vorwarnung und Nennung von Gründen die Rahmenvereinbarung mit dem queeren Jugendnetzwerk Lambda e. V. zum Jahresende 2026 gekündigt hat. Lambda e. V. ist seit 1990 der bundesweite queere Jugendverband und anerkannter Träger der freien Jugendhilfe. Lambda e. V. hat über die Jahrzehnte auch Landesverbände gegründet. 2002 wurde der Landesverband Bayern gegründet, der seit 2005 Mitglied im Bayerischen Jugendring ist und aktuell u. a. das Projekt QueerStart verantwortet. Das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales fördert QueerStart, um die Gründung und Sichtbarkeit queerer Jugendgruppen speziell im ländlichen Raum zu unterstützen und queeren Jugendlichen einen wohnortnahen Treffpunkt und Safe Space zu ermöglichen. Die Kündigung der Rahmenvereinbarung des Bundesverbands wird dazu führen, dass u. a. die Bundesgeschäftsstelle aufgelöst werden muss und damit auch gebündelte Verwaltungsaufgaben wegfallen und wieder von den Landesverbänden erledigt werden müssen. Die Kündigung hat also auch negative Auswirkungen auf Lambda Bayern e. V. und muss schon deshalb unverzüglich zurückgenommen werden.

Darüber hinaus sendet die Bundesregierung mit der Kündigung ein fatales Signal an die queere Community. Angesichts der seit Jahrzehnten guten, verlässlichen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Jugendnetzwerk Lambda im Bund und in Bayern, ist dieser Schritt völlig unverständlich. Gewalt und Hasskriminalität gegenüber queeren Menschen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Noch dazu verbreiten sich immer mehr queerfeindliche Narrative über die sozialen Netzwerke – gerade unter jungen Menschen. Die Staatsregierung hat erst vor wenigen Wochen endlich einen Queeren Aktionsplan vorgelegt. Eine ernsthafte Umsetzung kann nur mit starken Partnern erfolgen. Die Staatsregierung soll sich daher bei der Bundesregierung dafür einsetzen die Kündigung unverzüglich zurückzunehmen.